

**Abonnements**  
Werden beim Verlag und besten  
bekanntesten Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
**Voraus zahlbaren**  
Bietungspreis von:  
Mk. 4.40 für Deutschland (Post  
per Brief-Geldwert)  
Mk. 5.75 für Oesterreich (Post  
per Brief-Geldwert)  
Mk. 2.— für alle übrigen Länder  
des Weltverkehrs (Reisegeld).  
**Inserate**  
Die veranschlagte Zeilenbreite  
3 Pence — 25 Pfg. — 50 Gts.

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**London.**  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kentish Town Road.  
**Postsendungen**  
franco gegen franco.  
Gesetzliche Briefe  
nach England fallen Doppelporto.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 31.

Beziehe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Beize nicht direkt, sondern an die bekannten Bezugsstellen. In jenseitigen Fällen eingeschrieben.

3. August 1889.

### Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Wider ein Schlagwort.

„Denn eben, wo Begriffe fehlen,  
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Keine Herrschaft ist so hartnäckig, als die der Phrase. Sie ist das ewige Zufluchtsmittel der Demagogie, um die Unüberwindlichkeit für ihre Zwecke zu gewinnen. Es ist ja so außerordentlich bequem, mit einem geläufigen Schlagwort zu manövrieren. Es entbehrt aller greifbaren Beweise, man braucht es nur in die Debatte zu werfen, und sofort findet man, bei der nun einmal herrschenden Vorliebe für Allgemeinplätze, Gläubige, die auf den Köder anbeißen. Leider nicht bloß in dem großen Markte, sondern auch innerhalb der Arbeiterbewegung, im Kreise der Sozialisten.

Ein Beispiel dafür haben wir auf dem Internationalen Kongress der Possibilisten zu beobachten Gelegenheit gehabt. Auch dort mußten zwei Schlagworte herhalten, das höchste Kleinod und der Arbeiterbewegung schädliche Verhalten der Veranstanter des Kongresses zu rechtfertigen, und sie haben, wie wir mit Bedauern konstatieren müssen, ihre Wirkung auch nicht verfehlt. Diese Schlagworte waren „die Autonomie der Arbeiterparteien“ und die „Bekämpfung des Autoritarismus“. Sie finden sich in dem von Unmährheiten strotzenden Bericht des Possibilisten Lavy über die Vorgeschichte des Kongresses, sie kehren in den Debatten immer und immer wieder, sie äußern ihre Wirkung in einzelnen der gefassten Resolutionen, und werden auch nach dem Kongress von dessen Mitgliedern beständig in die Welt hinausgeschrien. Wenn man sie hört, sollte man glauben, wunderliche Gefahr der Arbeiterbewegung gedroht habe und von ihnen beseitigt worden sei.

Sieht man aber näher zu, läßt man sich nicht durch das Schlagwort blenden, sondern verlangt konkrete, beweisbare Thatsachen, so wird man bald finden, daß das ganze Geschrei nur blinder Lärm ist, hinter dem Nichts, aber auch gar nichts steht als — die verletzte Eitelkeit einzelner Streber.

Das Selbstbestimmungsrecht, um das Wort Autonomie in's Deutsche zu übersetzen, der Arbeiterparteien — wenn ist es eingefallen, es anzufassen? Welcher denkfähige Mensch wird so thöricht sein, selbst wenn er so herrschsüchtig wäre, in die inneren Angelegenheiten der Arbeiterparteien eines andern Landes eingreifen zu wollen? Es wird den Herren Broussé, Joffrin, Lavy, den Besant, Burns, Lyndmann schwer fallen, auch nur Eine Thatsache anzuführen, welche zu einem solchen Vorwurf berechtigt. Alles, was sie vorbringen können, bezieht sich auf Kritiken öffentlicher Vorgänge in der Presse der angeblichen „Autoritären“. Aber, ganz abgesehen davon, daß die braven Leute sich fortgesetzt derselben „autoritären“ Handlungsweise schuldig machen, hat das Selbstbestimmungsrecht mit der Ausübung der Kritik nicht das Mindeste zu thun. Wenn A den B tadelt, daß er einen Fehler begangen, so tadelt er damit durchaus nicht dessen unveräußerliches Menschenrecht an, soviel vielleicht zu begehren, als ihm nur möglich ist. Er verletzt vielleicht dessen Eigenliebe, er verdirbt vielleicht gegen den Grundsatz der Höflichkeit, aber der „Autonomie“ des B. tritt er damit nicht zu nahe.

Angenommen, aber nicht zugegeben, daß solche Verstöße gemacht worden seien, ist es nicht wahrhaftig absurd, den Streit darüber zu „Prinzipienfragen“ anzubauen und von dem bedrohten Selbstbestimmungsrecht zu fabeln?

Der ganze Lärm ist ein Streit um Formalitäten, um die Etikette. Peter fühlt sich gekränkt, weil ihm nicht genug „Reverenz“ erwiesen wurde.

Uebrigens hat auch die „Autonomie“ der nationalen Parteien ihre sehr natürlichen Grenzen. Dieselben beginnen da, wo die internationalen Verpflichtungen anfangen. Sobald man den Grundsatz der internationalen Solidarität proklamiert, gibt man damit bereits zu, daß es auch etwas Höheres gibt, als die nationale Autonomie. Bewußt, die aus dem Solidaritätsgedanken entspringenden Verpflichtungen sind nur moralische, zu ihrer Durchführung gibt es keinen äußeren Zwang. Aber diese Unterscheidung ist selbst nur eine formale. Für uns Sozialisten wirkt diese moralische Verpflichtung, oder soll sie wirken genau ebenso wie ein positives Gesetz. Außerdem ist eine gemeinsame Aktion nur möglich auf der Grundlage des Verzichtes auf ein Stück der eigenen Autonomie. Wie das im Kleinen in jeder nationalen Partei, in jeder lokalen Organisation der Fall, so auch auf internationalem Gebiet, sobald es sich um mehr handelt als bloße theoretische Bethenerungen. Ein klassischer Beleg über die internationale Verbindung der Arbeiter, die der Leser an anderer Stelle unseres Blattes abgedruckt findet, und durch die nach dem Ausruf des Engländers Smith-Headingsley der Kongress „die neue Internationale“ gegründet haben soll. Dem Buchstaben nach ist da die „Autonomie“ der einzelnen Gruppen aufs Sorgfältigste gewahrt worden, es sich aber einmal ergeben, daß diese „neue Internationale“ wirklich ins Leben

tritt, so wird ganz sicher die Autonomie einen argen Stoß erleiden. Und die offene Konstatierung der Thatsache ist das kleinere Uebel, denn andernfalls wird die Geschichte in die reinste Klidenwirtschaft der leitenden Persönlichkeiten ausarten, wozu freilich der Grund in schönster Weise bereits gelegt zu sein scheint.

Von zwei Dingen Eines: entweder man gründet eine Verbindung, und dann soll man sich auch, anstatt sich an Redensarten anzuklammern, über die Erfordernisse und Voraussetzungen einer solchen klar werden und sowohl die nötigen Vollmachten verlangen, als auch die entsprechenden Verantwortlichkeiten feststellen. Oder aber man scheut, sei es die Vollmachten, sei es die Verantwortung, und dann verzichte man auf die ganze Verbindungsspielerei. Dieses internationale Korrespondenzbüro, das weder Rechte noch Pflichten hat — denn wo keine Rechte sind, da sind auch keine Pflichten — wird entweder das überflüssigste Ding von der Welt sein oder, wie gesagt, die reine Herausforderung zum Mißbrauch.

Auch sonst läßt die auf die Spitze getriebene Autonomie auf den höchsten — Autoritarismus hinaus. Jede Rationalität ist autonom, niemand hat sich in ihre inneren Verhältnisse einzumischen. Sehr schön, solange im Schooße der Nationalitäten Einheit und Einheit herrschen. Wenn das aber nicht der Fall, was dann? Dann führt das Prinzip der absoluten Autonomie zur Vergewaltigung der Minorität durch die Majorität, selbst wenn die letztere nur eine scheinbare Majorität ist. Ob dies der andern Lösung, Verzicht auf ein Stück Sonderherrlichkeit im Interesse des großen Ganzen, vorzuziehen, überlassen wir dem Leser zur Entscheidung.

Sonderbar ist es jedenfalls, wenn ein Arbeiterkongress, der ein internationales Aktionsgesetz — also den schärfsten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten — postuliert, gleichzeitig erklärt: die Autonomie über Alles. Man hatte aber den guten Leuten noch viel Nordgeschickten von sicheren Gezeiten erzählt, die nach dem Hochgezeiten streben, in jedem nationalen Kräftefeld einzumischen, daß ihnen der Verstand mit dem Herzen durchging und sie noch ganz andere Widersprüche geduldig hinnahmen.

Wir wiederholen, thatsächlich kann kein Mensch daran denken, den nationalen Organisationen in ihre inneren Angelegenheiten dreinzureden, ihnen ihr Recht der Selbstbestimmung streitig zu machen. Das ganze Gerede in dieser Hinsicht ist Geispenmalerei und wird wahrscheinlich am Wenigsten von denen geglaubt, die es in Umlauf setzen und erhalten. Wir wollen über die Motive, die sie dabei leiten, uns hier nicht des Weiteren auslassen, sondern bemerken nur ganz kurz: Wer ohne Unterlaß ruft den Dieb! ruft, der hat meistens selbst keine sehr reinen Hände.

### Der internationale sozialistische Arbeiterkongress.

Wir kehren zurück mit unserem Bericht über die siebente Sitzung des Kongresses fort.

L. Adler (Wien) schildert in ruhiger, mit sachlichen Wendungen gemäßer Rede die politischen Zustände Oesterreichs und die sich daraus ergebende Situation der österreichischen Sozialdemokratie. Wir haben, sagt er, in Oesterreich ein Regierungssystem, das die Mitte hält zwischen Deutschland und Rußland. Die Formen unserer Gesetzgebung denen in Deutschland, die Ausführung derselben der in Rußland. Unsere Verfassung ist die liberalste, die man sich denken kann, nach ihr stellt sich Oesterreich demnach dar als die Republik mit dem Kaiser an der Spitze. Unsere Verfassung gewährleistet alle möglichen Freiheiten, aber jeder Polizeikommissar hat das Recht, sie zu konstatieren. An den Zustand, der sich daraus ergibt, mit allen seinen Ungeheuerlichkeiten und erbitternden Chikanereien haben sich die österreichischen Sozialisten gewöhnen müssen; es hat viel Opfer und harte Kämpfe gekostet, bis sie sich des Gegenstandes zwischen Wortlaut und Ausführung und der sich daraus ergebenden Sachlage bewußt geworden, aber jetzt ist es der Fall, und das ist die Stärke der Bewegung in Oesterreich geworden. Seit 1884 habe Oesterreich auch noch ein Ausnahmegericht, dem Wortlaut nach gegen die Anarchisten, aber es werde natürlich, wenn nötig auch gegen die Sozialisten angewendet. Wie es gehandelt werde, zeigt der Umstand, daß auf Grund dieses Gesetzes sechzigmal in einer Woche 400 Personen aus Wien und Umgebung ausgewiesen worden seien, und zwar nicht bloß Anarchisten, sondern u. A. alle Vorstände von Gewerkschaften, die nicht in Wien wohnhaft waren. Dadurch wurde für den Moment die ganze Arbeiterbewegung niedergedrückt. Nun ist aber zum Glück die österreichische Regierung charakteristisch, daß sie nicht lange aushält, selbst ihr Despotismus ist kurzweilig. Wir haben in Oesterreich den „Despotismus“, gemildert durch die Schlägerei. Auf eine Zeit vorübergehender Handhabung der Polizei-Gewalt folgt stets noch einiger Zeit eine Epoche der Schlägerei, während deren sich die Arbeiter wieder etwas regen können. Daß dieselben diese Zeit ausnützen, versteht sich von selbst.

Seit 1886 began die Bewegung von Neuem sich zu entfalten. Mit vieler Mühe ist es gelungen, die Zustigkeiten, unter welchen dieselbe bis dahin gelitten, zu bestrafen. Dies war einerseits dadurch möglich, daß die Verhältnisse, welche bei dem Kampf am heftigsten engagiert waren, mehr in den Hintergrund traten, und daß in den streifen der Gewerkschaften die Erkenntnis wuchs, daß die politischen Streitfragen, über die man sich so erbittert gestritten, wie z. B. das allgemeine Wahlrecht, dieser Erbitterung schon deshalb nicht werth waren, als sie für Oesterreich vorläufig ganz gegenstandslos sind. So ward die Einigung möglich, und daß sie eine wirkliche geworden, das ist namentlich dem Vorstände zu verdanken, daß sie in dem Gefühl vollzogen wurde, es dürfte hierbei weder Sieger noch Besiegte geben.

Adler schildert nun die Schwierigkeiten, die sich in Oesterreich der sozialistischen Aktion entgegenstellten. Dahin gehören der Mangel eines Vereinsgesetzes, die Beschränkungen der Presse und weiterhin der Kolportage, die nationalen Verhältnisse, wobei er indes kon-

statieren konnte, daß die nationalen Gegensätze, welche in den bürgerlichen Parteien so heftig zum Ausdruck kommen, in der Arbeiterklasse so gut wie gar nicht vorhanden sind; was fördern und demmend wirkt, seien die Sprachverschiedenheiten und sodann das zum Teil sehr niedrige Bildungsniveau. Dies erklärte sich nicht daraus, daß Oesterreich ein katholisches Land, sondern daß es ein sehr zurückgebliebenes Land sei. Oesterreich besitze noch viele Reste der alten Feudalherrenschaft. Der Feudalismus ist in Oesterreich noch eine Macht, und wenn er auch auf dem besten Wege ist, sich in der Richtung der Bourgeoisie zu entwickeln, so hat er doch noch viel Interesse, die denen der letzteren entgegensteht. Er kämpft deshalb noch ernsthaft mit ihr und sucht sie zu schwächen, wo er nur kann. Diesem Umstand verbannt Oesterreich seine Arbeitergesetzgebung, die zu den besten der Welt zu rechnen gehört. Leider aber stehen auch hier die meisten Bestimmungen nur auf dem Papier. Ueberall gibt es Hinterbüden — es ist wie mit der Gewährung der Pressefreiheit und der Konstitution hinterher. Dennoch hat selbst die lüdenhafte Arbeitergesetzgebung vielfach schon sehr gute Wirkungen gehabt, sie hat die Arbeiterklasse aufrichtig, und die Fabrikanten geholt, die zwar noch viel zu wünschen übrig läßt, aber nicht ganz so schlecht wie in Deutschland, hat eine ganze Reihe von Mißständen aufgedeckt, von denen bis dahin kein Mensch wußte.

Weiter kam der Bewegung in Oesterreich der relative Aufschwung der Gewerkschaften zu nützen, der das Selbstbewußtsein der Arbeiterkräfte und ihnen den Mut gab, die Ausbeutung der Gewerkschaften zu überwinden. Ebenso haben sich die Arbeiter Oesterreichs vielfach die im Interesse des Kleinmeisterthums geschaffenen Zwangsvereinigungen zu nütze gemacht.

Die österreichischen Sozialisten sind der Ansicht, daß alle Mittel benutzt werden müssen, die geeignet sind, das Proletariat physisch und geistig zu heben und es so für seine volle Emanzipation vorzubereiten. Deshalb sind sie für die Arbeitergesetzgebung, obwohl sie sich über ihre Tragweite keine Illusionen hingeben. Aber es kommt darauf an, daß wenn der große geschichtliche Moment eintritt, wo die kapitalistische Gesellschaftsordnung — sagen wir nicht, gestürzt wird, wohl aber zusammenbricht, ein wenig, ein wenig, auf den wir weniger Einfluß haben als wir selbst, noch viel weniger unsere Feinde vermindern — wie dann das Proletariat ansieht: ob er entsetzte Sklaven seien oder die Männer, die sich befreit, ob er entsetzt ist oder nicht — dies der Gesichtspunkt, von dem aus die österreichischen Sozialisten die Frage der Arbeitergesetzgebung beurtheilen und für eine solche eintreten. (Beifälliger Beifall.)

Adler gibt hiernach einige Mittheilungen über die angebliche Vertretung Oesterreichs auf dem Possibilistischen Kongress, die wir bereits an anderer Stelle berührt haben.

Den weiteren Verhandlungen des Kongresses konnte unser Vertreter nicht mehr regelmäßig folgen. Wir geben dieselben daher nach dem Berichte eines deutschen Arbeiterblattes, (des „Schwabischen Wochenblattes“), indem wir uns vorbehalten, später die bedeutendsten Berichte nach Originalquellen ausführlich zu bringen.

Balders (Belgien): Die sozialen Verhältnisse der belgischen Arbeiter seien so elend, daß sie aller Beschreibung spotten. Die Agitation sei trotzdem sehr schwierig, weil das belgische Volk sehr vorurtheilhaft organisiert, vielleicht besser als in jedem andern Lande; es handle sich nur noch um ihre Ausdehnung. Die belgische Arbeiterbewegung werde trotz aller Hindernisse, trotz des schimpflichen Spiegels, unaufhaltsam weiter vorwärts gehen. (Beifall.)

Habes (Böhmen): Zum ersten Male regte sich sehr auch unter den Slaven eine hochgehende sozialdemokratische Bewegung. Böhmen habe sich seit dem fünfzehnten Jahrhundert im 15. Jahrhundert noch bis heute nicht vollständig erholt. Der feudale Nihilismus haben zu ihren Sonderworte wohl das Volk ins Schleppland genommen; allein die kapitalistische Produktion habe auch ein neues Massenproletariat und Massenelend geschaffen. Das Proletariat in Böhmen fange an, sich zu rühren, man habe es gewaltsam niedergedrückt; allein die Bewegung moche Vorwärtse, ohne daß irgend welche namhafte Führer vorhanden seien. (Beifall.)

Reir Hardy (Schottland) berichtete über die Lage der Schottischen Bergarbeiter. Der Redner klagte über schlechte Löhne und lange Arbeitszeit. Er bestrafte die gegen die Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstages. Man verpreche sich wohl in England nicht viel von solch kleinen Maßregeln; allein man spreche in England Arbeiterfreien nicht gern von der sozialen Revolution. Trotzdem werde man in gegebenem Momente in England wahrscheinlich gründlicher aufräumen, als in irgend einem andern Lande. (Stürmischer Beifall.)

Frau Janowska berichtet über die polnische Arbeiterbewegung: Taktik, Propaganda und Agitation in Polen nach dem deutschen Muster gehandhabt. Früher sei die Wuth des polnischen Volkes wie ein Gewitter ausgebrochen; heute habe es keine Kräfte zu einem großen Schläge zusammen. Polen sei spät auf die Bühne getreten, auf der das Weltforum der Sozialdemokratie aufgeführt werde; allein die Rolle, die Polen bereits spielen werde, werde es, wo immer es auch sei, voll und ganz ausfüllen. (Stürmischer Beifall.)

Rani erhaltet den Bericht für Rumänien. Obgleich das Land noch nicht industriell entwickelt ist, hat der Sozialismus Fortschritte gemacht, selbst bei den Bauern. Besonders aber haben Ödler und Professoren der Universität Jassy durch Uebersetzung und Verbreitung der Schriften von Marx, Engels und Lassalle ausserordentlich gewirkt. Dies hat zur Folge gehabt, daß man bei den Wahlen, obgleich sie indirekt sind, trotz politischer Gewaltthatigkeiten, sozialistische Abgeordnete gewählt hat. Obgleich also, abgesehen von der Bauernschaft, die Bewegung theoretisch ist, so wird man in Verbindung und mit Unterstützung der Parteigenossen der benachbarten Länder die Bewegung in immer weitere Kreise tragen, was um so eher gelingen kann, als die Sozialisierung der Domänen, die man verlangt, nicht erfolgt ist, als man dieselben vielmehr parzellirt und damit die Verhältnisse keineswegs gebessert hat, was sich ja in ganz kurzer Zeit herausstellen muß. Dann wird der Sozialismus im Volke noch viel mehr Wurzeln fassen.

Es hierauf eine zweistündige Mittagspause gemacht.

Zu erwähnen ist noch, daß die Gewerkschaft für die verunglückten Bergarbeiter zu St. Etienne 150 Fr. gesammelt haben.

Brülinger, der ungarische Deputirte, gibt ebenfalls die ungarischen Verhältnisse zur Kenntnis der Versammlung und kann leider nur berichten, daß die Stadt Budapest fast der einzige Ort ist, an welchem man von einer sozialdemokratischen Partei sprechen kann; er nennt aber der Hoffnung Raum, daß die Bewegung sich über die Stadtgrenzen hinaus ausbreiten wird und einst die ganze ungarische Arbeiterkraft Hand in Hand mit der österreichischen der Fühne der Sozialdemokratie folgen wird. Domela Nieuwenhuis (Holland). Die Lage der Arbeiter in Holland ist jämmerlich, der Geldbeutel herrsche im Lande, wie nirgends. Die Verhältnisse des Volks werden unterdrückt, die Regierung macht, was sie will. So hat z. B. der König von Holland einmal seinen Kammerdiener zum Justizminister ernannt, womit der Justiz natürlich am besten gebient ist. Die Bourgeoisie läßt sich das gefallen, denn auch ihr ist

damit gebiert. Die Arbeiterbewegung ist im besten Flusse. Man fordert jetzt in erster Linie das allgemeine und direkte Wahlrecht, in letzter Linie natürlich die Bezeichnung aller Arbeitsmittel durch das Volk. Kann auch der Entwicklung nach Holland nicht an der Spitze der Arbeiterbewegung marschieren, so wird es aber doch Schlichter an Schlichter mit den großen Nationen in den Kampf für die Befreiung der Arbeit eintreten.

**Petersen (Dänemark).** In den letzten Jahren erst hat die große Industrie sich entwickelt, man hat aber gleich große Kapitalistenringe ins Leben gerufen. Der Lohn ist in Folge dessen noch nicht zurückgegangen. Der Reich der Partei in Dänemark ist Kleinbürgerlich; man meint, der kontinentale Sozialismus sei auf Dänemark nicht anwendbar. Der theoretische Sozialismus ist sehr schwach vertreten, man hat zwar Kleinbürgerliche Forderungen angenommen, sie aber stets durch Kleinbürgerliche Forderungen verdrängt. Erst in letzter Zeit hat sich eine kleine Gruppe gebildet, welche ganz auf dem modernen Standpunkte steht. Uebrigens bestehen in Dänemark fünf sozialistische Klubs mit 30,000 Mitgliedern.

**Plehanoff (Russ).** Der Hort des Despotismus ist Russland, und ein Sturz des zarischen Regimes bedeutet einen Sieg des gesamten modernen Europas. Hoffentlich werde dasselbe bald von der industriellen Revolution, welche in Russland immer mehr Platz greift und von dem herrschenden Regime noch fester unterjocht werde, über den Dnieper hinweggeführt werden, denn das russische Kleinhandwerk und besonders das russische Bauernthum mit seiner alterthümlichen Produktionsweise sei in vollständiger Auflösung begriffen und könne dem Eindringen der westeuropäischen Zivilisation nicht lange mehr widerstehen.

**Gjerb (Norwegen)** erklärt, daß die norwegische Bewegung nicht sehr stark sei, aber da sie bereits ins Stadium der Verfolgung seitens der Regierung getreten ist, so dürfte der Beweis geliefert sein, daß ihre Bedeutung eine größere zu werden beginnt. Die norwegischen Sozialisten halten nicht viel von parlamentarischer Thätigkeit, sie beizogen die Bahnen aus agitatorischen Gründen, geben sich aber nicht der Hoffnung hin, daß im Besonderen etwas durch den Parlamentarismus gelehrt werden könne.

**Melino (Italien)** gibt einen kurzen Ueberblick über die dortige Bewegung. Es gibt in Italien zwei Richtungen der Arbeiterpartei. Die rein anarchische und die parlamentarische Arbeiterpartei. Welche von der Regierung weit mehr verfolgt, als die letztere, welche gemäßigter sich der Freundschaft der Regierung erfreut. Melino, welcher der anarchischen Richtung angehört, greift hierauf den ebenfalls dem Kongress angehörigen Deputirten Andre Costa, den Führer der parlamentarischen Partei an, weil die Interessen des revolutionären Sozialismus durch den Parlamentarismus nicht gefördert werden können.

**Agustias (für Spanien)** zeigt die historische Entwicklung des Sozialismus, welcher schon sehr frühzeitig in Spanien Wurzel gefaßt habe. In den letzten Jahren gewonnen die Bakuninisten, die Vorgänger der jetzigen Anarchisten, die Oberhand, aber schon seit längerer Zeit in dieser Richtung überhandnehmend, die spanischen Sozialisten stehen jetzt auf durchaus wissenschaftlichem Standpunkte.

Es wurden im Laufe der Sitzung noch ganz kurze Berichte über die deutsche, sowie die französische Schweiz, das englische Amerika und Dänemark.

Die Sitzung wird 1/10 Uhr beendet.

Wir brechen für heute hier ab und lassen noch einen Theil der beschlossenen Resolutionen folgen:

Der internationale sozialistische Arbeiterkongress zu Paris fordert die Arbeiterorganisationen und sozialistischen Parteien aller Länder auf, sogleich daran zu gehen, durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel (Versammlungen, Briefe, Petitionen, Demonstrationen u. dgl.) ihre Regierungen dahin zu bringen:

- 1) Sich der vom Schweizerischen Bundesrath vorgeschlagenen Konferenz in Sachen des Arbeiterschutzes anzuschließen;
- 2) Auf dieser Konferenz die Beisitzer des internationalen Kongresses zu Paris zu unterziehen.

In allen Ländern, wo es sozialistische Abgeordnete gibt, sollen dieselben in den Gemeindevvertretungen in der Form von Resolutionen, in den gesetzgebenden Versammlungen in der Form von Gesetzesentwürfen den betreffenden Körperschaften die Beschlüsse des Pariser Kongresses unterbreiten.

Bei allen Wahlen, sei es zu den Gemeindevvertretungen oder gesetzgebenden Körpern sollen diese Resolutionen auf den Programmen der sozialistischen Kandidaten figuriren.

Es wird ein Ausschuss zur Ausführung der Resolutionen des Pariser Kongresses, soweit dieselben die von der Schweizerischen Republik in Vorschlag gebrachte internationale Forderung betreffen, eingesetzt.

Diese Kommission, aus 7 Mitgliedern bestehend, wird beauftragt, der Berner Konferenz direkt mitzutheilen, was die vom 14. bis 21. Juli in Paris versammelten Arbeiterorganisationen und sozialistischen Parteien Europas und Amerikas als die unerlässliche Grundlage einer internationalen Arbeitseingehung erachten.

Diese Kommission erhält außerdem das Mandat, den nächsten internationalen Kongress einberufen, der im Jahre 1891 an einem noch später festzusetzenden Orte Belgien oder der Schweiz zusammenzutreten soll.

Unter dem Titel „Der Auktions-„Arbeitsstag“ („la journée de 8 heures“) soll unter der Mitwirkung der auf dem Kongress vertretenen sozialistischen Parteien ein Wodenblatt herausgegeben werden, mit der Aufgabe, alle Nachrichten über die in's Leben zu rufende Bewegung behufs Erreichung der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages zu zentralisiren.

### Der Internationale sozialistische Arbeiterkongress:

In Erwägung, daß die sogenannten nationalen Armeen der Neuzeit, welche Europa jährlich mehr als vier Milliarden kosten, die Nationen unter dem Vorwand, sie zu verteidigen, zu Grunde richten, daß sie weniger gegen den äußeren Feind gerichtet sind, als gegen die von den privilegierten Klassen zum inneren Feind gemachten Proletarier;

daß sie gerade durch die unendlich anwachsenden Kosten, unter denen sie die Völker erdrücken, nothwendigerweise den Krieg herbeiführen, indem er als das einzige Mittel erscheint, einer unerträglich gewordenen Situation ein Ende zu machen;

Bewirkt auf das Entstehen die Kriegsgelüste, welche von den in den letzten Jahren regierenden Regierungen unterhalten werden;

Erklärt den Frieden als die erste und unerlässliche Bedingung der Arbeiteremanzipation;

und fordert neben der Unterdrückung der stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung auf folgender Grundlage: Die Armeen ist nichts als eine Schule, in die jeder gesunde Staatsbürger für die Dauer der zu seiner militärischen Ausbildung absolut notwendigen Zeit eintritt. Die Männer, welche diese Schule durchgemacht, sind nach Umständen (par localités) befreit zu organisiren, daß jede Stadt, jeder Kreis sein Bataillon hat, zusammengesetzt aus Bürgern, die sich kennen, die bewaffnet, angeordnet und bereit sind, wenn nötig, innerhalb 24 Stunden auszumarschiren, die, wie es in der Schweiz der Fall, Gewehr und Ausrüstung im Hause haben für die Vertheilung der Freiheiten des Volkes und der Sicherheit des Landes.

Weber eine von W. Morris eingebrachte und von J. Quasbe amende sozialistische Prinzipienklärung folgt uns noch der genaue Wortlaut.

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 31. Juli 1889.

Morgen, am ersten August, sind es zehn Jahre, daß August Geib aus dem Leben scheidet, der besten Einer, welche je für die Befreiung des arbeitenden Volkes gekämpft und gelitten. Gieße es kein anderes Genossin für sein Wirken, die treue Anhänglichkeit, mit der die Hamburger Genossen, in deren Mitte er gelebt, die ihn bei der Arbeit, in seinem täglichen Thun und Lassen, gesamt, kein Gedächtniß pflegen; der reiche

Blumenschund, mit dem die Liebe und Verehrung des Hamburger Proletariats jahraus jahrein sein Grab anstaltet, spricht ganze Hände dafür. Vielleicht bezeichnet nichts besser den Verehrten, als daß so sehr er in ganz Deutschland, wo nur Sozialdemokraten wohnen, geliebt und geschätzt war, diese Liebe und Verehrung doch nirgends der gleichsam, die er in Hamburg, seiner eigentlichen Heimath, genoss.

Was August Geib für die deutsche Sozialdemokratie gewesen, das können wir hier nur in allgemeinen Zügen andeuten. In einer Zeit, da die Partei der Arbeiter vielleicht nicht weniger geliebt war als heute, aber zu dem Noth noch das Brandmal der öffentlichen Verachtung zu tragen hatte, hatte er sich ihr angeschlossen und von da an mit der ganzen Aufopferungsfähigkeit einer selbstlosen Natur sein Talent und seine Arbeitskraft in ihren Dienst gestellt. Als Redner, als Schriftsteller, als Organisator war er für sie thätig, und so Vortreffliches er auch in den beiden ergründeten Thätigkeitszweigen geleistet, so hatten seine Verdienste in dieser Hinsicht doch geringe in die Waagschale gegen das, was August Geib als Organisator, sowohl im technischen wie im politischen Sinne des Wortes, für die Partei war. Seine strenge Gewissenhaftigkeit, gepaart mit der gewinnenden Milde eines durch und durch wohlwollenden Gemüths, erweckten überall rücksichtsloses Vertrauen zu ihm, und er hat dieses Vertrauen auch nicht einen einzigen Augenblick getrübt. Wo in der Partei Zwistigkeiten entstanden, Niemand war besser geeignet, sie beizulegen, Niemand ward lieber als Schlichter angenommen, als August Geib. Wo ein geschäftliches Unternehmen in Roth gerieth, Niemand ward so oft um Rath angegangen, Niemand war so willig bei der Hand, zu rathen und, wo möglich, zu helfen, als August Geib. Und er nahm die Dinge keineswegs leicht, er schaffte und sorgte für das Wohl der Partei wie nur ein Vater thut und sorgen kann für das Wohl seiner Familie — mit jeder Faser seines Talents hing er an ihr, mit seinem Herzensblut kämpfte er für sie. Und aus das Produkt des Attentatsmorgens 1878, das Schandgericht gegen die deutsche Sozialdemokratie, in's Leben trat, als die Schläge eines brutalen Gegners hagelartig auf die gedrückte Partei herniederfielen, da trafen sie wohl niemand härter als August Geib — nicht in seinem persönlichen Interesse, wohl aber in seiner Eigenschaft als Parteimann, als Handlanger, wie wir ihn nennen möchten, der Partei. Gewohnt, für alle zu sorgen, empfand er jeden Schlag mit, der jeden Einzelnen traf, und erschütterte seine Kraft in dem Bewußtsein, die Schläge abzuwehren, ihre Macht zu mildern. In diesem Bestreben war es, daß der treuliche Mann zeitweise den Ueberblick über die Gesamtsituation verlor, und sich den politischen Erfordernissen verlieren nicht ganz gewöhnen konnte. Aber wer da weiß, wie ungeheure Anforderungen damals auf ihn einwirkten, wie von allen Seiten sein Rath und seine Hilfe in Anspruch genommen wurden, der begriff auch, wie die Sorge für einen Augenblick den hohen Flug seines Geistes lähmen konnte. Nur aus, für alle, die ihn kannten, vermag diese zeitweilige Schwäche sein Andenken nicht zu beeinträchtigen, glänzend und ungetrübt lebt es in uns fort, trägt die Namen August Geib im hellsten Lichte.

Und nicht nur der Ring seines Geistes hat unter den Streichen des tödtlichen Feindes. In August Geib betrauert die Sozialdemokratie viel mehr das erste Opfer des Schandgerichtes. Die Verfolgungen, welche die Partei traf, brachen ihm das Herz. kaum drei Viertel Jahr nach Verhängung des Ausnahmegesetzes erlag August Geib einem Herzschlag. Er, der noch kurze Zeit zuvor als das Bild männlicher Kraft hatte gelten können, schloß im Alter von 37 Jahren für immer die Augen.

Anderer, kühner Kämpfer sind ihm seitdem gefolgt; die Reihen der „Alten“ lichten sich mehr und mehr, immer neue Opfer fordert der Kampf, immer neue Opfer die Verfolgungswuth unserer Feinde. Aber, der an seiner Stelle keine Furcht gekannt, ist und gleich lieb und werth, sein Andenken uns gleich heilig, wir feiern es mit, wenn wir an diesem Tage dessen gedenken, der der Freund, der Vertrauensmann, der Rathgeber aller gewesen, wenn wir einen Kranz legen auf das Grab August Geib's, des Unvergesslichen!

**Boulanger** hat bei den am Sonntag in Frankreich stattgehabten Generalwahlen eine arge Schlappe erlitten. Er hatte eine Art Plebiszitt organisiert und in über hundert Wahlbezirken („Kantonen“) seine Kandidatur aufstellen lassen. Aber obwohl dazu selbstverständlich die günstigsten Bezirke ausgesucht worden waren, ist er, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, nur in 11 oder 12 Kantonen gewählt worden und kommt in einigen weiteren in die Stichwahl. Das ist auf jeden Fall eine große Niederlage, selbst wenn, was die boulangistischen Mütter behaupten, vielfach boulangistische Stimmen unterliegen worden sein sollten.

Erreicht, wie die dies Resultat vom internationalen Gesichtspunkte aus ist, möchten wir doch davor warnen, seine Bedeutung zu übertrieben. Bei den Generalwahlen spielen so viel Lokalinteressen mit, daß sie nur sehr bedingt als politische Gradmesser dienen können. Sie werden im Großen und Ganzen, bei der Macht der Centralgewalt in Frankreich, für immer zu Gunsten der bestehenden Regierung ausfallen, die über zu erhebliche Subventionen, Verlegung von Behörden u. dgl. verfügt. Es gilt also, die Wahlen zur Deputirtenkammer abzuwarten, die nach politischen Gesichtspunkten entscheiden werden, bevor man dem französischen Volk zu der Befreiung der boulangistischen Gefahr Glück wünschen darf.

**Die Deminganten stellen sich ein.** Unter diesem Titel schreibt das Berliner Volksblatt: „Das deutschfreisinnige Berliner Tageblatt demingirt in edler Gemeinschaft mit der Nordd. Allg. Ztg.“ den internationalen Kongress, daß er nur einen Vorwand für eine höchst gefährliche Scheinmündel abgegeben habe. Es schreibt: „Dah man nach den Neugierigkeiten und Phrasen allein, die von dem Kongress in die Öffentlichkeit gedrungen, diesen nicht zu beurtheilen habe, hebt mit Recht die Nordd. Allg. Ztg.“ hervor. Dah daneben auch geheim gehaltene Verhandlungen geführt wurden, gehe schon daraus hervor, daß man für „internationale Korrespondenz“ ein Korrespondenzbureau in jedem Lande zu errichten beschloß. Die deutschen Sozialdemokraten, die im Vaterlande keinen Kongress abhalten dürfen, haben sich im Auslande ein Stellweilen gegeben und unter den schützenden Flügeln der Pariser Versammlung ihre Angelegenheiten beraten. Dah sie dabei den Kriegsplan für die bevorstehenden Reichstagswahlen schiefstellten und sonstige taktische Vorbereitungen getroffen, ist kaum zu bezweifeln. Darin hat für sie wohl der eigentliche Zweck und Werth des Kongresses bestanden, dessen Bedeutung von diesem Gesichtspunkte aus gewiß nicht zu unterschätzen ist.“ — Jedes Wort, demerft das Volksblatt hierin, das von geheimen Nebenverhandlungen berichtet, ist eine Lüge. Die Vorbereitung für die Reichstagswahlen ist in allen Wahlkreisen lange vor dem Kongress beendet worden.“

Dah diese Lüge im Berl. Tageblatt willige Aufnahme fand, ist ein weiterer Beweis dafür, daß dieses edle Blatt unter dem Deckmantel des Liberalismus nur die Geschäfte der Politik besorgt.

**Unter die vorkiehende Rubrik** gehört auch folgende Notiz, welche sich die — ultramontane — „Deutsche Reichszeitung“ aus Böhmen schreiben läßt: „Herr Diekmann und Ueckendorf, jenes Mitalied des früheren Reichskongresses, welches feinerzeit aus dem Unterstützungsfonds für die unterstützungsbedürftigen Bergmannsfamilien eine persönliche Entschädigung für seine Thätigkeit als Delegirter u. forderte, ist — unbekannt mit weissen Gelde — zu dem Sozialisten-Kongress nach Paris geeilt, um sich dort als Vertreter der Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers aufzuspielen, wenn auch ohne Auftrag. Wie verstant, wird in den allerersten Tagen aus den beteiligten Kreisen eine Erklärung erfolgen, welche darüber, daß Diekmann einen nennenswerthen Bruchtheil der Bergleute nicht hinter sich hat, keinen Zweifel übrig läßt. Da Diekmann außerdem nach Beendigung des Streiks die Arbeit überhaupt nicht wieder aufgenommen, sich aber gleichwohl in auswärtigen Blättern als Gemahregleiter aufspielt, so ist es vielleicht die höchste Zeit, wenn die bisher von ihm vertretenen Belegschaft sich öffentlich dahin äußern wollte, daß sie Diekmann als ihren Delegirten nicht mehr anerkenne.“

Der Schlagschlag verrieth die Leutelschrafte. War Diekmann der schlechte Kerl, als der er hier dargestellt wird, so würde es wohl nicht erst einer auf dem Umwege über Bonn erfolgten Mahnung bedürfen, um die Belegschaft, die ihn gewählt, zu veranlassen, ihm ihr Mandat zu entziehen. Aus dem Umstände, daß das Letztere bisher nicht geschehen, wird aber wohl der Schluß gestattet sein, daß es mit dem Bergmann

Diekmann nicht so arg bestellt ist, zumal wenn man weiß, daß Diekmann dadurch, daß er sich gegen die Ausschlichtung des Streiks durch die Jentramspartei gewendet, sich den bitteren Haß der Letzteren angezogen. Wir warten also ab, ob und was Diekmann auf die Beendigung des Jentramorgans antworten wird, ehe wir über seine Person ein Urtheil fällen; inzwischen aber sei der demagogische Charakter der ganzen Notiz hier gebührend angezählt.

**Nachschrift.** Das Vorkiehende war bereits geist, als uns die Nr. 154 der Berliner „Volkszeitung“ zutraf, in deren zweitem Blatt von einer Bergarbeiterversammlung in Essen berichtet wird, die ihre „Mißbilligung“ darüber ausgesprochen habe, daß der Bergbauabtheilung als Vertreter der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter am internationalen Sozialistenkongress in Paris theilgenommen hat. Weiter bringt dieselbe Notiz den Wortlaut einer Erklärung einer Bergarbeiter-Delegirtenversammlung aus dem Böhmer und Oesterreichener Revier, in dem gejagt wird, daß Bergmann Diekmann-Bodum, soweit die Versammlung wissen, weder ein Mandat noch Geld von den Bergleuten erhalten habe, um dieselben auf dem Pariser Sozialistenkongress zu vertreten.

Da es weder Diekmann noch Ueckardt eingekommen ist, sich als Vertreter der rheinisch-westfälischen, bzw. der Bergleute des Böhmer und Oesterreichener-Reviers aufzuspielen — wenn sie von einigen Belegschaften so bezeichnet wurden, so beruht das auf einem Mißverständnis, das sie nicht verschuldet — so sind die vorbesagten Projekte zunächst höchst überflüssig. Aber nicht nur das. Weder die in Essen, noch die Böhmer Versammlungen waren berechtigt, im Namen sämtlicher Bergleute Jentram zu sprechen, auch sie vertraten nur einen Bruchtheil der gesamten Belegschaft, und hätten sich daher in jedem Fall mit der Erklärung begnügen müssen, daß Diekmann, bezw. Ueckardt nicht von ihnen nach Paris entsendet worden seien. Jede darüber hinausgehende Erklärung war eine Ueberhebung ihrerseits, und die vorliegende eine um so heftigere Ueberhebung, als sie auf ein politisches Fegergericht hinausläuft. Davor können wir die Bergarbeiter nicht genug warnen. Wir wissen ja, daß im gegenwärtigen Moment alle möglichen Einflüsterer am Werke sind und sie in dieser Richtung zu bearbeiten suchen, daß Regierungs-, ultramontane und „demokratische“ Agenten in rührender Einnahme wider die Sozialdemokratie schürren und heben, und dagegen alles aufbieten, den Geist des Opportunismus unter den Bergarbeitern zu verbreiten. Solche Einflüsterer sind es auch zweifellos, welche die erwähnte Protestresolution veranlaßt haben; man braucht nur ihren Wortlaut nachzulesen, um sofort zu erkennen, daß diese Weise und dieser Text nicht von Arbeitern der Grube herrühren, sondern geliefert Arbeit sind. Aber gleichwohl, wer die Justiz — Bergarbeiter-Delegirten haben das Nachwort unterschrieben und damit einen verhängnisvollen Schritt weiter auf der abwärtsführenden Bahn gethan, deren Endpunkt der freiwillige Verzicht auf ihre politische u. Unabhängigkeit ist.

Ein Telegramm der „Daily News“ meldet, daß bei Diekmann Hausfuchung war und er, nachdem man bei ihm sozialistische Schriften beschlagnahmt, verhaftet worden sei. Die Deminganten können vorläufig triumphiren, wir aber hoffen, daß das Vorgehen gegen Diekmann seinen Kameraden die Augen öffnen wird.

**— In dem unverfornen Verlangen der Possibilisten** und ihrer englischen Allirten, die Mandate der Delegirten des Kongresses der Vereinigten Sozialisten nach einmal zu präsen, schreibt der Londoner „Labour Vector“: „Das heißt soviel als Herr G. R. Hyndman von der Londoner Fondsbörse war nicht ganz sicher, ob man Wilhelm Liebknecht gestatten dürfe, an einem internationalen Arbeiterkongress theilzunehmen, Herr Herbert Burrows von Somerset (South, Strand), bezweifelte die „bona fides“ (Glaubhaftigkeit) Stepaniak, und Frau Dejan begte Befürchtungen über den Charakter von Vera Cassulitch.“

Die schneidende Ironie dieser Notiz ist für denjenigen, der den Londoner Verhältnissen fern steht, nur zum Theil verständlich, aber ihre soziale Berechtigung liegt auf der Hand. Die Wählbarkeit mit der Mandatsprüfung ist mehr wie lächerlich: die Frage der Mandate muß nur dazu erhalten, allerdings Verbindungen in die Welt zu schicken, für die auch jede Spur eines Beweises fehlt. Frau Annie Dejan und Herr Herbert Burrows, die das Geschäft des Verdächtigen sportweise zu betreiben scheinen, haben in allen ihnen zugänglichen Bourgeoisblättern die Behauptung angeheftet, daß unter den englischen Delegirten auf dem Kongress der Vereinigten Sozialisten mehrere gewählten seien, die Niemand vertreten hätten als sich selbst, sie haben sich aber sehr gehütet, einen einzigen dieser angeblichen „Vogel“-Delegirten mandant zu machen. Ein solches Verfahren richtet sich von selbst.

Anderer gehen etwas vorsichtiger zu Werke und behaupten, auf dem Kongress der Vereinigten Sozialisten seien eigentlich im Großen und Ganzen nur die hervorstechendsten Führer des Sozialismus vertreten gewesen, während der Kongress der Possibilisten der der wirklichen Arbeiter gewesen sei. Auch diese Redensart gerichtet bei der näheren Untersuchung wie Schnee vor der Frühlingssonne. Von England und den Ländern abgesehen, die beide Kongresse gleichmäßig besucht, waren so wohl alle hervorragenden Vertreter des zeitgenössischen Sozialismus als das Gros der organisirten und vorgeschrittenen Arbeiterkraft aller Länder auf dem Kongress der Vereinigten Sozialisten vertreten. Wir haben bereits in voriger Nummer an einigen Beispielen gezeigt, welcher Schwindel — wir wählen ausdrücklich dieses Wort — auf Seiten der Possibilisten mit angeblichen Delegationen getrieben wurde, heute sind wir in der Lage, hinzuzufügen, daß die angeblichen Vertreter für Oesterreich nichts anderes waren, als in Paris lebende Arbeiter aus Oesterreich, die ohne recht zu wissen, welche Komodie man mit ihnen vorhatte, possibilistischerweise zu Delegirten bestimmten Orte, bezw. Bezirke ernannt wurden, in denen sie heimisch waren. Sie selbst haben das den wirklichen Delegirten aus Oesterreich auf dem Kongress der Vereinigten Sozialisten offen eingestanden und, über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt, sich alsbald bereit erklärt, dem Bureau des Possibilistenkongresses ihre Delegirtenkarten zurückzugeben. Ob sie das ausgeführt, wissen wir nicht, so viel aber steht fest, daß gegen die öffentlich abgegebene Erklärung Dr. Adlers, daß die angeblich auf dem Possibilistenkongress vertretenen österreichischen Organisationen gar nicht existiren, die heute nicht der leichte Protest gewagt worden ist.

Nicht minder phantastisch ist die angebliche Delegation aus Ungarn, deren Namen der Bericht der Possibilisten höchst verdammt, um ihnen jede Verfolgung von Seiten der Regierung ihres Landes zu ersparen.“ Eine ganz merkwürdige Vorrichtung angeht die Thatsache, daß es keinem Reisenden in Ungarn eingefallen ist, die Belegschaft des internationalen Kongresses zu verbieten. Unaus ist hinzuzufügen, daß die Organisationen, die diese Delegirten angeblich vertreten, gleichfalls erst in Paris geschaffen wurden. Das ist an sich ja ein ganz unauflösbliches Verhängnis, nur hätte man sich mit der Gründung von Organisationen begnügen und nicht auch noch Städte dazu erfinden sollen. Wir wenigstens müssen gestehen, daß wir erst durch den Bericht der Possibilisten erfahren haben, daß es auch eine Stadt „Dalmatien“ gibt. Aber der Bericht berichtet Dalmatien-Ville, und der Bericht ist, sorgfältig geprüft und für richtig befunden worden.“ Wer's nicht glaubt, zahlt einen Thaler.

**— In Mannheim** haben die Sozialdemokraten für die bevorstehende Reichstagswahl August Dreesbach als Kandidaten aufgestellt. So lesen wir in deutschen Blättern, und es heißt in der betreffenden Notiz weiter, daß eine starke Widertheit für Dr. Adt-Heidelberg gewesen sei.

Wir können nicht umhin, dazu ein starkes Fragezeichen zu machen. Es fällt uns nicht ein, den Genossen irgend eines Orts Vorschriften über die Auswahl des oder der Kandidaten für die verschiedenen Vertreterämter machen, ihr Recht, über die Organe derselben selbst zu befinden, irgendwie antasten zu wollen, aber eine Veranlassung ist dabei unerlässlich; die nämlich, daß ihr Kandidat wirklich Parteigenosse ist, daß und ganz auf dem Boden des Programms und der Grundzüge der Sozialdemokratie steht. Wenn eine Anzahl Mannheimer Genossen an Stelle Aug. Dreesbach einen andern Kandidaten in Vorschlag brachten, so war das — gleichwohl, als ihre Ein-

\*) Ein Gedächtniß, in dem der selbige Regierungsbureau's untergebracht sind.

wendungen gegen Dreesbach, sich selbst oder nicht — ihr gutes Recht, und dieses Recht der Minorität wird uns stets unter seinen Vertheilungen finden. Nicht begreifen aber können wir es, und deshalb bringen wir die Sache hier zur Sprache, wie Sozialisten einen Mann ernsthaft als Reichstagskandidaten in Vorschlag bringen konnten, der nach Allem, was bis jetzt von ihm bekannt geworden, nichts ist, als ein Apostel der sogenannten „Freireligiösen“.

Wir kennen Herrn Dr. Rüdiger nicht und wissen nicht von jeder persönlichen Voreingenommenheit gegen denselben frei. Aber es ist uns vor einiger Zeit aus einem gedruckten Vortrag dieses Herrn über die Arbeiter ein Satz unter die Augen gekommen, aus dem hervorgeht, daß Herr Rüdiger, welches immer sonst seine Verdienste sein mögen, nicht auf dem Boden unserer Partei steht. Der Satz lautet nämlich:

„Weit davon entfernt, auf dem politischen Boden der national-liberalen Herren Kiefer, Fischer u. a. zu stehen, würde ich doch nicht einen Augenblick zögern, dem politischen Gegner die Hand zu reichen im Kampfe gegen die wahren Feinde der Geistesfreiheit und des menschlichen Fortschritts. Nach meiner Auffassung ist nämlich die Fesselung des Geistes durch religiösen Glauben der Grund jeder politischen, wie sozialen Ungerechtigkeit.“

Wer das schreiben kann — und die hier unterstrichenen Sätze sind auch im Original fett gedruckt, also mit Wohlbedacht gebraucht — der steht auf anderem Boden als unsere Partei. Er wird und muß bei jeder wichtigen Gelegenheit genau das Gegenstück von dem thun, was die Partei thun wird, die laut ihrem Programm in der Monopol-Eigenschaft des Kapitals, das heißt in der Scheidung der Gesellschaft in kapitalistische Eigentümer der Arbeitsmittel und beschlagene Proletariat die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen“ erblickt. Welcher Standpunkt der richtige, kann hier unerörtert werden, wohl sie durchaus und grundsätzlich verschieden, wird Niemand bestreiten können.

Wie also können Genossen darauf verfallen, einen Dr. Rüdiger als Kandidat für die Sozialdemokratie in Vorschlag zu bringen? Wir halten dies nur bedehrer für möglich, daß die der religiösen Frage überhaupt noch viel zu viel Bedeutung beilegen. Es gibt eben leider noch viele Genossen, die das Schimpfen auf die Religion, auf die kirchlichen Dogmen für eine ganz besondere Befähigung ihrer freien Meinung halten. Sie merken gar nicht, daß das in den Vordergrund-Rücken der religiösen Frage genau das Gegenteil bedeutet, nämlich daß sie mit der Religion noch nicht fertig geworden sind. Und weiter merken sie nicht, daß in dem Verhältnis, als die religiöse Frage in den Vordergrund drängen oder zu drängen gestatten, sie die soziale, die sozialistische Bewegung schwächen. Ein klassisches Beispiel ist die Thatsache, daß selbst die Schwennhagen eine ganze Zeit lang eine Rolle in der Partei spielten und mit den Empfindungen aller Genossen sich in Zürich präsentiren konnte. Ganz abgesehen davon, daß der Mann ein Lump war, war er in Bezug auf den Sozialismus von einer Ignoranz, die wir selbst bei einem Gegner nicht erwidern würden, geschweige denn bei Jemand, der als Genosse öffentlich Reden hält. Aber — er kannte das freireligiöse Schimpfen auf die „Pfaffen“ auswendig, er wußte vortrefflich gegen den „religiösen Glauben“ zu delamiren und von „Geistesfreiheit“ zu schwätzen, und das thut sich doch so hübsch an, namentlich, wenn die Polizei dem Redner den Gefallen thut und die Versammlung auflöst, ohne seine „Geistesfreiheit“ sich in ihrer ganzen Höhe offenbart. In Zürich fand Herr Schwennhagen keine so zuvorkommende Polizei, und siehe da, beim dritten Vortrag stammelte der bis dahin so sicher aufstrebende Herr wie ein ABC-Schüler, den seine Fehlsprüche im Stich ließ.

Nun, Herr Schwennhagen war nebenbei ein Lump und wurde entlarvt. Wäre das nicht der Fall gewesen, wer weiß, ob nicht die Züchler für politische und religiöse Radikalität als diesem sozialistischen Richtschnur auch erwidert hätte, irgendwo als sozialdemokratischer Kandidat aufzutreten. Wird einmal die prinzipielle Grenze, welche unsere Partei von der bloß kirchlich-politischen Freidenerei trennt, ignoriert, dann gibt es überhaupt keinen Halt mehr, und das Ende vom Liede heißt Sieg der Iphraie auf der ganzen Linie.

### „Klassenurtheile schändlicher Art“ sind in der letzten Woche sowohl in Westphalen als in Schottland gegen Bergleute gefällt worden, hier wie dort wegen des Landfriedensbruchs.

In Münster, Westphalen, wurden nach zweitägiger Verhandlung vom dortigen Schwurgericht ein Bergmann zu 9 Monaten, ein anderer zu 2 Jahren, ein dritter zu 2 Jahren 6 Monate Gefängniß verurtheilt. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie bei dem bekannten Tumult auf Jede Molke bei Gladbeck mit Steinen auf das Militär geworfen haben sollten. Auffallend ist es, lesen wir in einem Bericht über die Verhandlung, „daß der Staatsanwalt seine Rede mit der Behauptung einleitete, die Streitbewegung sei von außen herein getragen worden. . . Die Herren Geschworenen wollten sich denken, welche Leute das seien.“ Der Wind wurde verstanden, die Herren Bourgeois auf der Geschworenensaal haben die Rothwendigkeit ein „ein Crempel zu statuiren“ und für Handlungen, zu deren Entschuldigung tausend wilde Umstände sprachen, wurden Strafen verhängt, für die ein Angehöriger der „besseren Stände“ gestraft einen Untergang hätte über den Däusen schreien dürfen.

Aber diese Strafen sind trotz alledem noch milde, noch menschlich gegen die, welche das Schwurgericht in Schwaidniz (Schlesien) am 1. Juli gegen Bergleute aus Waldenburg verhängte, die sich am 14. Mai auf den Kohlenbergwerken „Bereinigte Gläubigergrube“ und „Friedenshoffnungsgrube“ in Niederberndorf „grober Ausschreitungen“ schuldig gemacht haben sollen. Im Lande der privilegierten Schot-lander wurde nach acht russischem Muster erkannt. Die mildeste Strafe war ein Jahr, aber so hüßig kamen nur die wenigsten der Anführer davon. Schon für „einfachen“ Landfriedensbruch wurde bis auf vier Jahre Gefängniß erkannt, diejenigen aber, die sich bei „schweren Landfriedensbruchs“ schuldig gemacht, wurden mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, der sog. „Rabelsführer“ zu sieben Jahren Zuchthaus und weiteren sieben Jahren Ehrverlust verurtheilt. Leider fehlt uns bis zur Stunde Bericht über die Einzelheiten der Verhandlungen, aber aus der Art der Strafen sieht man den Geist der Richter, und das genügt. Was auch die Anführer geizen, daß sie sich gegen die Allherrschafft des Kapitals und die die die stehende Staatsgewalt auflehnt, das war für die Straf- messung bestimmend. Klasse jagt über Klasse zu Gericht, und der ganze Haß des in seinem Privilegium bedrohten Ausbeutertums prägte sich in dem Urtheil aus, das in jedem Sinne des Wortes in ja m ist. Es soll ein warnendes Crempel sein, mögen es sich die Arbeiter wohl zu Herzen nehmen und zur geeigneten Zeit beweisen, daß sie die Lehre dieses „Crempels“ begriffen haben.

— Von der Konferenz der Bergarbeiter-Delegirten der beiden Internationalen Kongresse in Paris ist noch ein Vorkommniß als bemerkenswert zu erwähnen. Fenwick, der Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter von Northumberland, erklärte u. a., wenn gelegentlich der letzten Bergarbeiterbewegung auf dem Festlande Kameraden für ihr Eintreten für die Bewegung gewahrt werden sollten, so seien die Bergarbeiter seiner Gewerkschaft bereit, diesen Gemäßigten in ihrem Distrikt Arbeit zu verschaffen, und zwar zu 6 Schilling (6 Mark) Lohn für 4/5 tägliche Arbeit!

Merks's Buch, deutsche Bergarbeiter!

— Heimathsklänge. Drei vom Pariser Kongreß heimkehrende Deutsche Delegirte, berichten deutsche Arbeiterblätter, wurden am Donnerstag Vormittag in Aachen beim Verlassen der Eisenbahn von der Polizei empfangen, ihre Personalien festgesetzt und ihre Sachen untersucht. Man hatte hierzu einen Polizeibeamten zur Verfügung, der sehr eilig war und doch nichts fand. Ein Protest gegen die nachmalige Revision, da eine solche bereits an der Grenze stattgefunden hätte natürlich nichts. Schon an der belgisch-deutschen Grenze hatte sich ein Kriminalbeamter als Begleiter ins Kommando gestellt, um auf der nächsten Station lebensfalls Meldung zu machen. Die drei Reisenden, die sich einige Stunden in Aachen aufgehalten, wurden von der Polizei aus Schwärze bewacht, sie folgten ihnen in alle Straßen und Lokale, die sie betreten und bei der Abfahrt hatten sich auf dem Bahnhof fünf Polizisten eingefunden! Den aus dem

Land der „Wilden“ Heimkehrenden sollten wohl sofort die Vorzüge des zahmen Deutschland klar gemacht werden!

Natürlich, und man kann sich ihre Begeisterung vorstellen.

— Wie es mit der preussischen Fabrikinspektion vielfach in der Praxis aussieht, darüber brachte kürzlich der „Gewerksverein“ — man denke, der lammfromme Max Dirichs, „Gewerksverein“, folgende Zuschrift, die ihm von einem Arbeiter zugegangen:

„Neulich war der Gewerksverein (Fabrikinspektor) einer der östlichen Provinzen auf seiner Reise auch nach einer kleinen Stadt gekommen, um dortselbst die Fabriken zu inspizieren. Er hätte wohl so Manches sehen können, wenn er sich ordentlich umgesehen hätte, zumal in der einen Fabrik, die Schreiber dieser Zeilen gerade im Auge hat. Aber weit gefehlt; der Herr Gewerksverein ordnete zwar manches an, womit mehreres, aber daß er vielleicht mit einem Arbeiter gesprochen oder sonst vielleicht verhandelt hätte, etwas zu erfahren. — Nichts von alledem; ja die Meisten wußten erst nach seinem Weggehen, daß er gekommen sei. So hätte er sehen müssen, daß der Treibriemen der einen Maschine einer Holzverkleidung dringend bedürftig sei und zwar mindestens zwei Meter hoch. Er hätte sehen müssen, wenn er die Fabrik ordentlich betrachtet hätte, daß an einer Wandfläche eine mit wenig Kosten herzustellende Schutzvorrichtung gegen das Herpringen und Herunterfallen der Bandhaken gänzlich fehlte. Auch dem Treppengeländer, durch welches schon mehrere Unglücksfälle passiert sind, hätte er seine Aufmerksamkeit schenken können und er hätte darin wenigstens ein Haar gefunden. Dem Fabrikbesitzer und einer in der ersten Etage stehenden Maschine hätte er Würdigung geschenkt, so er würde auch gesehen haben, daß all und jede Ventilation fehlt, daß der Arbeiter Hitze und Kälte, sowie Angest im höchsten Grade ausgeht sei. Auch die Fabrikordnung konnte er einer feinen Prüfung unterziehen, das hätte nichts geschadet. Fragt man sich nun, was eine derartige Beschäftigung einer Fabrik für einen Nutzen hat, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß dieselbe im Großen und Ganzen nicht viel werth ist und man sagt sich dann, besser gar keine als eine solche; denn wenn sie vielfach so ausgeführt wird, bleibt in der Regel in einer derartig beschäftigten Fabrik eben Alles beim Alten.“

Je nun, der Herr Gewerksverein war wahrscheinlich auch ein Anhänger der Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“. Die „Zeff-Zeitung“, der wir die Notiz entnahmen, bemerkt dazu:

„Besonders sind den einzelnen Aufsichtsbekanntem viel zu große Bezirke zugewiesen, als daß dieselben alljährlich eine gründliche Inspektion sämtlicher Betriebe vornehmen könnten, die ihnen unterstellt sind. Wenn nun aber noch die einzelnen Besuche, zu denen es wirklich kommt, so vorgenommen werden, wie sie geschildert, so fragt man sich denn doch, ob der Staat der „christlichen Sozialreform“, der sonst so auf große Stromtheit seiner Beamten hält, dem ruhig zusehen darf.“

Ob er es „darf“, fragt sich eigentlich nicht, daß er es thut, beweist Figura. Und dies Beispiel ist eine treffliche Illustration zu der Redensart, mit der der Staat der „christlichen Sozialreform“ die Arbeitergesetzgebung ablehnt. „Bei uns werden die Gesetze, sobald sie verabschiedet, auch im Gegentheil zu beiden Ländern streng durchgeführt, darum müssen wir doppelt vorsichtig sein.“ Thatsächlich ist das leeres Gerede, man will nur den Splitter im Auge des Nachbarn sehen, und glaubt der Welt den Balken verheimlichen zu können, dessen man selbst sich errent. Dafür ist man eben christlicher Sozialreformer.

### — Wir lesen im Verner „Sozialdemokrat“:

„Nach einer Korrespondenz der Neuen Züricher Zeitung“ soll die kaiserliche Regierung neulich behelfen haben, den russischen Flüchtlingen keine Aufenthaltserlaubnis mehr zu erteilen, wenn sie nicht mit regelrechten Papieren versehen seien. Das bedeutet einfach die Wegweisung aller, ihrer Regierung irgendwie anti-gouvernementaler Gesinnung verdächtiger Russen; denn diese erhalten niemals die nöthigen Papiere für das Ausland.

Wald werden England und Frankreich allein in Europa übrig bleiben als Länder, wo nicht regierungstreue Fremde sich aufhalten können. Und da spricht man noch von einem Wohlstand in der Schweiz!

— Und im Anschluß daran schreibt unser schweizerischer Kollege:

„Die Monarchen bedrohen uns, und — seltsam — statt die republikanischen Instanzen des Volkes wach zu rufen, stellen unsere Behörden Neigungen im Unterthänigkeitsverhältnis mit uns an, suchen sie uns zu gewöhnen an politische Polizeimassregeln und erklären ihre Presse diejenigen, welche das Volk für die Demokratie aufrufen, für Vaterlandsfeinde.“ „Selbst“, aber nur zu erklärlich. Die Bourgeoisie ist sich ihrer internationalen Solidarität bewußt, und zittert vor ernsthaften Konflikten „bloßer Prinzipien halber.“ Der Bourgeois hält es im Großen und Ganzen mit den republikanischen Grundfragen und Ueberlieferungen wie Frankreich mit den heiligen Sakramenten: er „ehrt“ sie — denn sie sind einmal da — aber „ohne Verlangen.“

Andere schweizerischen Genossen erörtern die Frage, ob sie gegen die Schaffung des eidgenössischen Bundesanwalts die Volksabstimmung anrufen sollen. Daß sie bei derselben möglicherweise, ja voranschicklich unterliegen werden, halten sie für keinen Grund, auf die Bewegung zu verzichten, die auf jeden Fall Klärung in die Massen bringen wird.

Dies ist auch unser Standpunkt.

### — Ueber die jüngst erfolgte Nachwahl im Kreise Halberstadt-Achersleben-Wernigerode schreibt man uns:

„Nach der amtlichen Feststellung ergab die Wahl folgendes Resultat: John (konservativ) 6396, Weber (nationalliberal) 6088, Dahle (sozialdemokratisch) 3038, Kohlhaas (deutschfreisinnig) 1561 Stimmen. Einige kurze Betrachtungen dazu seien hier gestattet. Am 21. Februar 1887 fielen auf den Kandidatenlisten Bernuth etwa 21,000 Stimmen, auf unseren Kandidaten Dahle 3164 Stimmen. Bei der am 16. Juli stattgefundenen Ersatzwahl sind im Ganzen nur 14,906 Stimmen abgegeben, wovon die sogenannten Reichsparteien 11,928 Stimmen erhielten. Wenn man die Freisinnigen in Abzug bringt, so haben die Kartellbrüder 50 Prozent Annahme zu verzeichnen, wogegen wir unseren alten Bestand erhalten haben, und hätte nicht am Wahltag gerade am Mittag hier ein starkes Gewitter gewüthet, so hätten wir entschieden in Halberstadt 200 Stimmen mehr erhalten. Den moralischen Sieg aber haben wir entschieden errungen, und unsere Gegner freuen sich ihres Sieges nicht, namentlich, da das Kartell in die Weidje greuzen. Eine kleine Ueberzahl aus einigen Orten mag zum Beweise dienen, wie weit die intelligenten Städte bereits für uns gewonnen sind, während die Güter u. s. w. nur Stimmvieh für die Reaktionen liefern.“

Städte:	insges.	nat-liberal	deutschfr.	sojem.
Halberstadt	450	891	513	1786
Dereenburg	71	39	15	40
Ostern	406	14	51	250
Wernigerode	19	26	25	36
Hasserode	265	183	56	306
Hasserode	92	70	4	116

Städtische Ortsbezirke	ein anderes Bild:	insges.	nat-liberal	deutschfr.	sojem.
Bühne	31	4	—	—	—
Dorf Deersheim	84	—	—	3	2
Gut — (wahlber. 44)	43	—	—	—	—
Rulms	36	—	—	—	—
Stättelingeberg	21	—	—	—	—
Hornburg	—	50	1	—	—
Achersleben	—	35	—	—	—
Dom Achersleben	43	—	—	—	—
Doms Rieburg	—	35	—	—	—
Dorf Groningen	—	44	—	—	—
Schlöß Wernigerode	61	—	—	—	—

Ostern ist der Wohnort Johns, dort haben seine Verwandten und die Fabrikanten es am nöthigen Hochdruck nicht fehlen lassen. Am Abend des Wahltages, als das Ergebnis für Halberstadt festgestellt wurde, die ersten Telegraphenmeldungen aus Wernigerode, Hasserode, Ostern, hier entlang, fielen die feindlichen Brüder in die Arme, weil sie bestimmt meinten, daß unser Kandidat in die Stichwahl käme. Sie hatten in der Aufregung nicht an ihre Ortsbezirke gedacht. Nun soll die Stichwahl zwischen zwei Kartellbrüdern am 1. August stattfinden, und die feindlichen Brüder rufen sich, daß es eine wahre

Herzenslust ist, namentlich hat es ein Doktor Dieblich, der seit der letzten Wahl zum Professor ernannt ist, an nichts fehlen lassen.

Nun, was ist's gleich, wer von ihnen aus der Urne hervorgeht, wir stehen bei Seite und rufen den Genossen zu: Thue jeder seine Schuldigkeit und arbeite kräftig zur nächsten Reichstagswahl!

— Eine allerliebste Enthüllung — wenn man das Ausplaudern von Thatsachen, welche die Spigen von den Dächern fliegen, überhaupt so nennen kann — hat dieser Tage die „Frankfurter Zig.“ gebracht. Anlaß dazu bot die berühmte, oft angeführte neue Einkommenssteuer-Vorlage für Preußen. Dieses Schmerzkind, das das Wunder-Vorlage für Preußen, die Interessen des stets geldhungrigen preussischen Fiskus mit den Interessen des stets zahlungsunlustigen preussischen Junkerthums zu vereinigen, ist wieder in den Vordergrund der Diskussion gerückt, und ein bekanntes Reptil, das „Frankf. Journal“, hatte die Meldung gebracht, aus der neuen Vorlage, die der preussische Finanzminister, Herr von Scholz, angearbeitet, sei für den ländlichen Grundbesitz die Selbst-Einkommensschätzung — diese Vorbedingung einer leidlich gerechten Besteuerung — ausgemerzt worden. Natürlich auf Befehl des Herrn Großgrundbesitzer selbst und ihrer hohen und höchsten Gönner. Die „Geldten und Weihen der Nation“ haben bei der heutigen, den 18. und 20. Behörden obliegenden Entscheidung, die vortrefflich, daß sie sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten, in Zukunft entweder sich der Verantwortlichkeit auszuweichen, als Schamlose Lügner und Betrüger entlarvt zu werden, oder — was sie noch mehr schenken — entsprechend ihrem wirklichen Einkommen besteuert zu werden. Wie es in dieser Beziehung ausgeht, das bringt, im Anschluß an die Diskussion über das neue Einkommenssteuergesetz in der „Frankf. Zeitung“ ein Korrespondent dieses Blattes aus Schlesien zur Sprache. Er schreibt:

„Als thatsächlich ist zu betrachten, daß unsere Großgrundbesitzer durchsichtlich höchstens ein Drittel ihres wirklichen Einkommens versteuern. Es hat sich in dieser Beziehung sogar eine Art Gewohnheitsrecht ausgebildet. Dem Schreiber dieser Zeilen ist in Bezug hierauf von durchaus zuverlässigen, die betreffenden Kreise nahelebender Seite folgende Geschichte als verbürgt mitgetheilt worden. Ein in weiteren Kreisen bekannter schlesischer Großgrundbesitzer war in üblicher Weise mit dem dritten Theil seines wirklichen Einkommens zur Steuer veranlagt worden. Da entnahm er sich des sonderbaren Grundgesetzes: noblesse oblige, und — ungläublich, aber wahr — er legte wegen zu niedriger Einkommens-Klassifikation ein für gewöhnlich Gemüther sei zugegeben, daß dieser Fall von Reklamation ganz vereinzelt dasteht; als ich ihn einmal einem mit den Verhältnissen bekannten Herrn ohne die geringste Hindernis auf die Persönlichkeit erzählte, nannte er sofort den richtigen Namen mit dem Bemerkung: „Ein Anderer ist dessen absolut unfähig!“ Der sonderbare Reklamant wurde nun aber von seinem Landrath befehrt, er sei ein „Ständesgenosse“ schuldig, die Reklamation zurückzunehmen, denn diese hätten sämtlich ihren Standard von 180 Lebensstellung auf jenen Grundbesitzer Drittelbesteuerung eingerichtet und würden theilweise in arge Verlegenheit kommen, wenn dem anders würde! Ein anderer Großgrundbesitzer, der zugleich Landrath war, stand in dieser Eigenschaft an der Spitze der Einkommens-Kommission. Der nämliche Weise schämte sich die Richter und Mitglieder der Einkommens-Kommission selbst ein. Unser Landrath hat sich nun nie höher als zu 4000 Thaler eingeschätzt. Nach seinem Tode aber stellte sich heraus, daß sein wirkliches Einkommen nie unter 16,000 Thaler betragen hätte, in guten Zeiten aber bis zu 25,000 Thaler belief!“

Der Mutterbesitzer hatte also nie mehr als den vierten, zuweilen aber nicht einmal den sechsten Theil seines Einkommens versteuert. Und ebenso — eine Hand wäscht die andere — seine Ständes- bzw. Wollengonossen. Der fortgesetzte Beitrag war ihr „Gewohnheitsrecht!“

Gewohnheitsmäßig haben die edlen Herren den Staat, dessen festeste Stützen sie zu sein behaupten und der ihnen seine besten Kräfte zur Verfügung stellt, betrogen, gewohnheitsmäßig die übrigen Steuerzahler betrogen, denn diese haben natürlich um so höhere Steuern zahlen müssen, je mehr steuerpflichtiges Einkommen der Herren Großgrundbesitzer unversteuert blieb. Dieses „Gewohnheitsrecht“, dem zu Ehren ein Landrath, ein königlicher Beamter, ein Großgrundbesitzer, der unter seinen „Ständesgenossen“, weil er Anlage zur Ehrlichkeit hat, als ein Sonderling, als halbertrüchtigt gilt, zum Betragen anhielt, ist das schamloseste Steuerprivilegium, das die Reuzzeit kennt. Und um dieses Steuerprivilegium, dieses Recht auf Beitrag zu retten, muß die Selbstschätzung für den Grundbesitz fallen. Die Welt soll befeindigt klagen über die „Nothlage der Landwirtschaft“ hören, aber sie soll keine ziffermäßige Angaben erhalten über das, was die Landwirthe einzunehmen.

Uebrigens wird Schlesien kaum allein bestehen, in andern Provinzen dürfte ein ähnliches „Gewohnheitsrecht“ herrschen. Man beurtheile danach die Zuverlässigkeit der Einkommensstabellen, die heute überall auf Grundlage der Steuerlisten angefertigt werden. Es ist schwerlich übertrieben, wenn wir behaupten, daß die Einkommen der Großen die angegebenen Zahlen im Durchschnitt mindestens um das Doppelte, meist aber um das drei- und vierfache übersteigen.

— Der pflichtgetreue Vorkämpfer der Arbeiter, Hr. W. H. H. ist also doch noch nicht ganz der Gefahr ledig, als meinediger Hallunke vor Gericht entlarvt zu werden. Endlich hat sich nämlich ein Gericht, das Oberlandesgericht Bosen, gefunden, bei dem von einem der Opfer der Deuzanationen des besagten Spießes, dem Buchbinder Janiszewski, gestellten Gesuch Folge gegeben und die Vernehmung der Jungs Janiszewski's für die Unrichtigkeit der von Hr. W. H. H. behaupteten Angaben angeordnet hat. Nach allem, was in dieser Hinsicht bereits bekannt ist — wir selbst haben wiederholt darüber berichtet und glauben daher, heute nicht noch einmal auf die Sache zurückkommen zu sollen, — unterliegt es für uns keinem Zweifel, daß wenn die Untersuchung nicht von vornherein als kommodie geführt wird, das Endergebniß derselben die Ueberführung des Hr. W. H. H. als des Reineidschuldigen sein wird. Und dem, was immer hinter Gesuchanfragen schmutzenden Opfer des Luben wäre diese — eigentlich noch viel zu schwache — Genugthuung wohl zu gönnen.

— Mit welchen Dungenelöhnen sich vielfach die erzgebirgischen Arbeiter und insbesondere die Arbeiterinnen begnügen müssen, geht auf's Neue aus einem Bericht hervor, der neuerdings die Kunde durch eine Reihe sächsischer Zeitungen gemacht hat.

Neuem Berichte zufolge zählt eine in Schneeberg sämmtlich betriebene Pappfabrik für das Kleben von hundert Duzend Papparbeiten die Puppe für etwa 12 Centim. groß) eine Mark. Da aber die Arbeiterin den Keim selbst zu liefern hat, so bleiben ihr höchstens fünfzig Pfennig als Verdienst. Das Ausfüllen der Papparme mit Sägespänen und das Verpacken derselben in Beute von je 6 Duzend wird für je 100 Duzend mit drei Mark bezahlt, natürlich müssen auch hier die Sägespäne von der Arbeiterin geliefert werden. Für das Ankleben der Köpfe, Ausmattieren der Brust und das Annähen von Kopf, Hufe und Würtel werden pro Duzend 20 Pfennig bezahlt. Von dieser letzteren Arbeit kann eine sehr fleißige Frau an einem Tage kaum mehr als ein Duzend fertig stellen, wenn also ein täglicher Verdienst von 30 Pfennig erzielt wird, so kann die Arbeiterin schon sehr zufrieden sein. In Schneeberg und Umgegend sind gegen 100 Arbeiterinnen bei der Pappfabrikation beschäftigt.

Sachsens Fabrikantentum ist politisch das servilste im ganzen deutschen Reich — man könnte diese Erscheinung in Zusammenhang bringen mit der schändlichen Ausbeutung, die in Sachsen zu Hause ist. Je erbärmlicher die Verfassung und Behandlung der Arbeiter, um so erbärmlicher das Verhalten der betreffenden Ausbeuter im öffentlichen Leben. Das ist so richtig, daß es sogar internationale Geltung hat — die Bourgeoisie spielt da die traurigste Rolle, wo die Arbeiterklasse am reichhaltigsten ausgebeutet und am brutalsten behandelt wird — England, Italien, ein großer Theil Deutschlands, Belgien u. sind sprechende Beweise dafür.

— Stets mehrern sich die Versuche, schreibt die Berliner „Volkszeitung“, die Arbeiter unter fortlaufende Kontrolle der Behörden und Privatunternehmer zu bringen. So hat

